

## Medienmitteilung

Thema	<b>Grünliberale können Ankündigung der Regierung zu Anpassungen des VKI nicht nachvollziehen.</b>
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 44 812 44 Martina Bernasconi, Grossrätin, Tel. 078 893 8777
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 261 17 12, Postfach, 4001 Basel <a href="mailto:bs@grunliberale.ch">bs@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a>
Datum	4. Februar 2014

**Die Regierung hat heute Mittag angekündigt, dass sie das Verkehrskonzept Innenstadt (VKI) allenfalls konzeptionell grundlegend überarbeiten muss und dem Grossen Rat diese Änderungen vorlegen will, wenn die von Grossratsmitgliedern und dem Gewerbeverband Basel-Stadt kürzlich bekannt gemachten parlamentarischen Vorstösse überwiesen werden. Das ist aus Sicht der Grünliberalen nicht nötig, ja gar unsinnig und gefährdet das VKI. Am VKI muss nichts grundlegend oder konzeptionell geändert werden. Die Umsetzung, d.h. konkret die ausnahmsweise Zufahrt, muss jetzt schlicht von der Regierung praxistauglich und mit Augenmass realisiert werden**

Will der Regierungsrat tatsächlich grundsätzliche konzeptionelle Änderungen am VKI anbringen, so schnürt er damit das Paket wieder auf und öffnet Forderungen von Interessengruppen Tür und Tor und gefährdet damit das VKI insgesamt.

Eine der generellen Leitplanken der UVEK forderte schon damals vom Regierungsrat ein „Einfaches, schnelles, transparentes Bewilligungsverfahren“. Die Regierung antwortete darauf, das sei „Bestandteil der Verordnung «Sonderregelungen für die Innenstadt»“. D.h. die Regierung hat klar die Verantwortung, dass ein einfaches, schnelles und transparentes Bewilligungsverfahren für die ausnahmsweise Zufahrt eingeführt wird.

Es steht also der Regierungsrat und nicht der Grosse Rat in der Pflicht. Dabei ist auch wichtig zu wissen: Der Grosse Rat hat damals das VKI des Regierungsrats tel quel ohne Kommissionsberatung und ohne Abstriche verabschiedet. Das heisst letztlich ist das aktuelle VKI das Konzept des Regierungsrats, das einfach politisch abgesegnet wurde. Die jetzigen Vorstösse von Seiten Parlamentariergruppe / Gewerbeverband beziehen sich ausschliesslich auf die praxistaugliche bzw. eben bislang untaugliche Umsetzung dieses regierungsrätlichen Konzepts. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Regierungsrat nun behauptet, die Vorstösse könnten „grundsätzliche Anpassungen am Verkehrskonzept Innenstadt zur Folge haben“ und der Grosse Rat „müsse seine Haltung definitiv klären“. Im Gegenteil: Die Regierung muss ihr eigenes Konzept nun sauber und mit Augenmass umsetzen. Die Vorstösse der Parlamentariergruppe spiegeln schlicht und einfach diese Forderung..